

Zwischen Sicherheit und Flexibilität: Instrumente zur Regulierung von Beschäftigungsbeendigung und -übergang

Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen ist vielfältigen arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen unterworfen. Neben Kündigungsfristen und kündigungsschutzrechtlichen Ansprüchen auf Weiterbeschäftigung oder Abfindung treten solche aus Sozialplänen, ggf. noch ergänzt um Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Weitere Gestaltungsinstrumente werden sichtbar, wenn man andere Rechtsordnungen in den Blick nimmt - etwa das österreichische Recht, das Kündigungsschutz- und Betriebsrentenrecht integriert, oder das US-amerikanische Recht, das bestandsschützende Anreize im Beitragssystem der Arbeitslosenversicherung verankert. Noch weiter wird das Spektrum, wenn man die historischen Ursprünge der heutigen Regelungen in die Betrachtung einbezieht. Gleichzeitig wird in der deutschen politischen Debatte häufig ausschließlich der Kündigungsschutz im engeren Sinne mit sehr verhärteten Positionen diskutiert, ohne dass diese erweiterten Möglichkeiten einbezogen werden. Mit dem Projekt sollen diese unterschiedlichen Ansätze in einer vergleichend und historisch informierten Perspektive erfasst und systematisiert werden. Auf dieser Grundlage sollen Vorschläge entwickelt werden, welche Möglichkeiten bestehen, um einen verbesserten Ausgleich zwischen den jeweils begründeten Interessen der Unternehmer nach einem möglichst flexiblen Arbeitsverhältnis und dem der Arbeitnehmer nach ökonomischer Sicherheit bestehen. Konkret geht es also darum, die Probleme der Perspektivverengung bei der Auswahl der Regulierungsinstrumente sowie bei deren Koordination zu überwinden.

In Kooperation mit

randstad stiftung
impulse für unsere
arbeitskultur